

# Kommunalwahl 2019

## Frage 1 – Rückblick – wichtige Entscheidungen:

Welche getroffenen Entscheidungen der Gemeindevertretung sind in der Bewertung Ihrer Partei/Wählergruppe besonders wichtig gewesen (positive wie negative)?

<p><b>CDU</b></p>	<p>In den vergangenen fünf Jahren hat die Fraktion der CDU wegweisende Entscheidungen für die Zukunft unserer Gemeinde befürwortet.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bauen: Schulcampus W'horst, Erweiterungen Kita-Kapazitäten , Neubau Altersheim, Neubau ALDI, Sportanlage Hellerfichten, Feuerwehrgebäude Fresdorf, B-Pläne (Wohnmichel, Bienenfarm) Radwege,</li> <li>- Verträge: EMB, GEWOG, Verkauf und Sanierung Bahnhöfe</li> <li>- Entwicklung: Leitbild , Klimaschutz, Insek</li> </ul>	<p>Beitritt der Gemeinde Michendorf zur kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Gewog in Hinblick auf zukunftssichere Vermietung, Sanierung und Modernisierung der kommunalen Wohnungen in Michendorf. Chance auf neuen altersgerechten und bezahlbaren Neubau- Wohnraum. Entwicklungen der gemeindlichen Infrastruktur bezüglich Kitas und Schulen, Verbesserung des ÖPNV mit Regio-Bus und Taktverkürzungen des RE 7. Beginn der Entwicklung des Zentrums von Michendorf mit Teltomatgelände, Instandsetzung des Bahnhof Michendorf, Instandsetzung und</p>	<p><b>FBL/ UWG</b></p>
<p><b>SPD</b></p>	<p>Entgegen der Position der SPD wurden die Grundsteuern drastisch erhöht, die KiTa- und Friedhofsgebühren angehoben und rechtswidrig Nachzahlungen für Abwasseranschlüsse beschlossen. In der Folge des SRS-Skandals mit 1,4 Mio. Euro Verlust für die Gemeinde wurde die Einbringung der gemeindlichen Wohnungen in die „gewog“ beschlossen. Diese Entscheidungen sehen wir kritisch. Wir unterstützen die Investitionsentscheidungen für mehr KiTa- und Schulplätze, die aber leider oft zu spät kommen und mit heißer Nadel gestrickt wurden.</p>	<p>POSITIV: Leitbild der Gemeinde. POSITIV: viele Ansätze des beschlossenen innerstädtischen Entwicklungskonzeptes (INSEK) für die Gemeinde. POSITIV: Ende für beschleunigte Bebauungsverfahren auf Antrag der Grünen. NEGATIV: Beschluss zur Übertragung gemeindeeigener Wohnungen an die gewog - und der damit verbundene Verlust an Steuerungsmöglichkeiten. NEGATIV: Umgang des Bürgermeisters und der Mehrheit in der Gemeindevertretung mit Bürgerbegehren. NEGATIV: Beschluss eines Klimaschutzkonzeptes, das diesen Namen nicht verdient.</p>	<p><b>GRÜNE</b></p>
<p><b>FDP</b></p>	<p>Der Umgang mit dem Verlust von 1,5 Mio. Euro durch die SRS war mangelhaft. Den Bahnhof abzugeben war zumindest sehr unglücklich. Bürgernähe, Transparenz und Handlungsweise in Sachen gewog waren skandalös. Der Bau der Kitas ist zu teuer und deutlich unter dem Bedarf. Sozialer Wohnraum wird zur Mangelware. Die Entwicklung des teltomat-Geländes erfolgt zum Nachteil der Gemeinde. Positiv sehen wir die Erarbeitung einer Friedhofs- und Gebührensatzung sowie die Fortführung der Sportstättenkonzeption.</p>	<p>Die Wahlperiode war durch Entscheidungen geprägt, die nicht gründlich vorbereitet waren und dadurch die Bürger stärker zur Kasse gebeten wurden. Wir leisten uns eine KITA, bei der der Platz pro Kind fast doppelt so teuer ist wie im Landesdurchschnitt, obwohl bei Beschlußfassung erklärt wurde, daß Kauf und Bau der Einrichtung förderfähig seien. Wir geben kommunale Wohnungen ab und treten dabei den Bürgerwillen mit Füßen. Die Gemeinde erhöht die Grundsteuer B und A ohne finanzielle Notwendigkeit ebenso die Straßenreinigungsgebühren.</p>	<p><b>LINKE</b></p>
<p><b>BfM</b></p>	<p>Trotz vieler Missklänge in der GV wurden in der Legislaturperiode einige gute Entscheidungen getroffen; allen voran die einstimmige Ablehnung der Mülldeponie in der Fresdorfer Heide. Der Beitritt in die Gewog zur strategischen Steuerung der Gemeindeentwicklung war richtig, der Weg war falsch. Wichtig waren für uns auch: der Verkauf des Michendorfer Bahnhofs an Privatinvestor, Entwicklung Teltomat, Neubau Kita Potsdamer Str., Ausbau Sportplatz Hellerfichten, Erweiterung Grundschule Michendorf, Gründung Familienzentrum, etc..</p>	<p>Es gibt keine Entscheidungen die wir positiv bewerten würden. Eine völlig überbeuerte Kita in Michendorf zu bauen, parallel die Container-Kita in Wilhelmshorst für nur 3 Jahre. Zu langsamer Ausbau der Grundschulen. Eine Neuverschuldung die zum Haushaltsvorbehalt des Landkreises führt. Das „Tafelsilber“ der Gemeinde, die Wohnungen, werden ohne Not verschleudert. Fragwürdige Bauprojekte z.B. Kreisverkehr Kreuzung Potsdamer Str./Luckenwalder Str., Verkehrsberuhigung Flottsteller Str. Die Hinhalte-Taktik in Sachen Flüchtlingshot</p>	<p><b>AfD</b></p>

# Kommunalwahl 2019

## Frage 2 – Gemeindezentren und Sporteinrichtungen:

Wie bewertet Ihre Partei/Wählergruppe die derzeit diskutierte Erhöhung von Gebühren für die Nutzung von Gemeindezentren und Sporteinrichtungen der Gemeinde?

<p><b>CDU</b></p>	<p>Wir sind gegen Nutzungsgebühren, jedoch sollten symbolische Betriebskosten für alle Hallennutzungen und die Gemeindezentren für die Zeit der Nutzung stattfinden. Die Haushaltssituation macht es notwendig.</p>	<p>Die Erhöhung der Gebühren für Gemeindezentren und Sporteinrichtungen werden die Haushaltsprobleme in der derzeitigen Form nicht lösen. Hier ist Augenmaß und Sachverstand gefragt, um die vielfältige ehrenamtliche Arbeit nicht zu blockieren. Kostenfreiheit wird es zwar nicht mehr geben können, jedoch muss außerordentlich differenziert und nur gemeinsam mit den Vereinen eine Lösung gefunden werden.</p>	<p><b>FBL/ UWG</b></p>
<p><b>SPD</b></p>	<p>Wir unterstützen das Leitbild der Gemeinde in dem als Ziel festgehalten ist, dass „die Haushaltsmittel, die für das kulturelle Leben bereitgestellt werden (inkl. kostenfreier Nutzungen), (stabil) bleiben“. Eine pauschale Erhöhung lehnen wir ab. Stattdessen brauchen wir mehr Gebühren-gerechtigkeit in dem wir den Flickenteppich an Benutzungs- und Gebührenordnungen (es gibt mind. fünf unterschiedliche Gebührenordnungen, für manche Einrichtungen gibt es gar keine) unter Beteiligung der betroffenen Nutzer zusammenzuführen.</p>	<p>Die Erhöhung ist FALSCH. So können nur wenige Tausend EUR an Mehreinnahmen erzielt werden – aber damit wird dem ehrenamtlichen Engagement in Kultur und Sport großer Schaden zugefügt. Statt das Ehrenamt zur Kasse zu bitten sollte es zielgerichteter gefördert werden: Durch kostenlose Nutzung von Gemeindezentren und Sporteinrichtungen. Durch Verbesserung bei Buchung und Reservierung dieser Einrichtungen. Durch bessere technische Ausstattung. Durch transparente Zuschüsse. Durch zentralen Versicherungsschutz bei Veranstaltungen.</p>	<p><b>GRÜNE</b></p>
<p><b>FDP</b></p>	<p>Mit den Vereinen unserer Gemeinde steht und fällt die kulturelle und sportliche Arbeit in Michendorf. Eine Überarbeitung der Gebührenordnung – ausgewogen und mit Augenmaß - ist notwendig, wenn auch für die Betroffenen nicht erfreulich. Solche Gebühren sind jedoch landesweit mehrheitlich üblich. Wir werden uns dafür einsetzen, eine für Jedermann tragbare Lösung umzusetzen, um langfristig die Vereine in Michendorf in ihrem Ehrenamt nicht zu belasten.</p>	<p>Die Erhöhung der Gebühren für die Nutzung der Gemeindezentren und Sporthallen sollte sehr differenziert durchgeführt werden. Wenn Vereine mit der kostenlosen Nutzung der Räumlichkeiten Gewinne erwirtschaften, sollten sie sich durchaus an den Kosten beteiligen. Für das ehrenamtliche Arrangement in unserer Gemeinde bildet jedoch die kostengünstige Bereitstellung von Räumlichkeiten eine wesentliche Voraussetzung und sollte erhalten bleiben. Gebühreinsparungen sollten anderweitig geprüft werden.</p>	<p><b>LINKE</b></p>
<p><b>BfM</b></p>	<p>Das Thema ist die Achillesferse des Gemeindelebens! Aufgrund der Haushaltssituation sind wir aufgefordert, eine maßvolle Kostenbeteiligung zu beschließen. Nicht alle Gruppen/Vereine sind aber gleichermaßen in der Lage, etwaige Kosten auch aufzubringen. Eine angemessene Erhöhung der Mitgliedsbeiträge der Sportvereine sollte in der Kommune möglich sein. Die Schwierigkeit wird sein, für Einzelfälle Lösungen zu finden, ohne eine Gerechtigkeitsdiskussion zu entfachen. Wichtig ist, mit Augenmaß die bestehende Vielfalt zu bewahren.</p>	<p>Nutzer von Gemeindezentren und Sportstätten sollten nicht für das finanzpolitische Versagen des Bürgermeisters und Gemeindevertretung zur Kasse gezwungen werden.</p>	<p><b>AfD</b></p>

# Kommunalwahl 2019

## Frage 3 – Deponie Fresdorfer Heide:

Wie bewertet Ihre Partei/Wählergruppe die Planungen zur Deponie Fresdorfer Heide, werden Sie eine Klage gegen eine Planfeststellung unterstützen und wie wird diese Unterstützung konkret aussehen?

<b>CDU</b>	CDU ist gegen die Deponie und gegen die Erweiterung des Kiessandabbaus mit dem Beschluss in der Gemeindevertretung unterstützen wir die Initiatoren der Bürgerinitiative und sprechen uns gegen die Planung des Landes. Damit hat die CDU sich eindeutig positioniert.	Die derzeitigen Planungen der Landesregierung zur Deponie Fresdorfer Heide widersprechen allen Planungen der Gemeinde und der Umwelt. Unsere Wählergruppe hat sich klar gegen die Umsetzungen der bisherigen Planungen ausgesprochen und setzt auf Renaturierung des Gebietes nach Beendigung des Kiesabbaus. Wir unterstützen die Klagen der Gemeinde und der BI DepoNie mit Spenden und Öffentlichkeitsarbeit	<b>FBL/ UWG</b>
<b>SPD</b>	Wir lehnen die geplante Erweiterung des Kies-Abbaus in der Fresdorfer Heide ebenso ab, wie eine Deponie für Bauschutt. Neben Bedenken zum Naturschutz halten wir den drohenden LKW-Verkehr für nicht zumutbar. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gemeinde alle rechtlichen Möglichkeiten nutzt, die Zulässigkeit des Vorhabens zu verhindern. Wir unterstützen die Bürgerinitiative Depo-NIE und treten für den ursprünglichen Plan der Renaturierung ein.	Wir lehnen eine Deponie in der Fresdorfer Heide ab. Die Umweltauswirkungen und Verkehrsbelastungen wären nicht hinnehmbar. Wir unterstützen die BI DEPO-NIE bereits heute aktiv und werden dies auch weiterhin tun. Wir werden in den Gremien für eine Klage der Gemeinde kämpfen. Wir werden dafür eintreten, dass die Gemeinde auch die Klage eines anerkannten Naturschutzverbandes finanziell und ideell unterstützt. Wir werden die BI bei Bedarf weiterhin mit unserem Fachwissen, mit politischen Kontakten und finanziell unterstützen.	<b>GRÜNE</b>
<b>FDP</b>	Eine Klage werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen. Einige unserer Mitglieder sind in der Bürgerinitiative Depo-NIE („Heide statt Halde“) gegen die Fresdorfer Heide aktiv. Wir werden versuchen, durch verschiedene Aktionen, z.B. Landpartie Fresdorfer Heide im Sommer 2019, Kapital für die immensen Kosten des Rechtsstreits zu sammeln und garantieren den Initiatoren der Bürgerinitiative jegliche Unterstützung. Eine Renaturierung ist unumgänglich für die weitere touristische Entwicklung in der Gemeinde.	Die Betreuung und der Ausbau der Deponie Fresdorfer Heide wird durch uns abgelehnt. Es sollte jedoch überlegt werden, wie die künftige Nutzung des gesamten Areals aussehen könnte. Wie könnte eine Renaturierung aussehen, wie lange sollte noch Kies abgebaut werden, gibt es eine Nutzungsmöglichkeit ohne zusätzlichen Verkehr und Umweltbelastung? Fragen, die für die Entwicklung dieses Bereiches unserer Gemeinde durchaus interessant sind und der wir uns gemeinsam stellen sollten.	<b>LINKE</b>
<b>BfM</b>	In dieser Frage gibt es in der Gemeindevertretung einen breiten Konsens. Auch die Verwaltung wurde bereits einstimmig beauftragt, hier alle rechtlichen Möglichkeiten auszuloten. Dafür wurden bereits Mittel beschlossen, die im Bedarfsfall aufgestockt werden könnten. Genauso wichtig ist aber, das Thema weiter in der Öffentlichkeit zu halten und ein unbequemer Verhandlungspartner zu sein bzw. zu werden. Nur mit energischem Auftreten von Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit kann hier der notwendige Druck entstehen.	In einem Naturschutzgebiet wie Nuthe-Nieplitz darf es keinen Platz für eine wie auch immer geartete Deponie geben. Wir werden mit allen rechtlichen Mitteln dagegen vorgehen und uns ggf. bestehenden Bewegungen anschließen und diese mit unseren Mitteln unterstützen.	<b>AfD</b>

# Kommunalwahl 2019

## Frage 4 - Verkehr:

Welche konkreten Vorhaben sieht Ihre Partei/Wählergruppe in der kommenden Wahlperiode zur Regulierung des Individualverkehrs und zur Entwicklung des Öffentlichen Nahverkehrs vor?

<b>CDU</b>	Aktiver Ausbau der Taktzeiten und des Platzangebotes des Bahnverkehrs im 1/2 Stundentakt nach Berlin. Verbesserung Busverkehr in den dörflichen Ortsteilen, weitere Verbesserung des Radwegenetzes, Errichtung Schutzmaßnahmen für Fußgänger vor öffentlichen Gebäuden. (z.B. Kitas) CDU ist für Entschärfung gefährlicher Straßenkreuzungen – dazu gehört Kreisverkehr Michendorf der einen Gefahrenpunkt für Fußgänger, Radfahrer und den motorisierten Verkehr darstellt.	Die Taktzeiten und Verlängerung der Züge der DB müssen weiter verbessert werden. Die Benutzerszahlen werden in Zukunft steigen. Die Busverbindungen zwischen den einzelnen Ortsteilen, insbesondere auch nach Fresdorf und Stücken, müssen dem Bedarf angepasst werden. Die Möglichkeiten eines Ruf-Busses sollte realisiert werden. Schnellstens sind ein Radwege- und Verkehrskonzept zu erarbeiten und um zu setzen. Besonders zu beachten sind dabei auch die Wegeverbindungen zu den Kitas, Schulen und öffentlichen Einrichtungen. Die	<b>FBL/ UWG</b>
<b>SPD</b>	Wir fordern ein umfassendes Verkehrskonzept für unsere Gemeinde, das die Verkehrssicherheit insb. für Kinder erhöht, die Lücken im Radwegenetz schließt und den Verkehrsfluss u.a. durch Kreisverkehre an viel befahrenen Kreuzungen verbessert. Durch den Ausbau der Park&Ride- (einschl. E-Mobilität) bzw. Bike&Ride-Angebote wollen wir die Verkehrsbelastung in der Fläche reduzieren. Außerdem wollen wir einen attraktiven und bezahlbaren Nahverkehr, der die Bedürfnisse auch der Jugendlichen und der Senioren berücksichtigt.	Wir wollen den raschen Ausbau des ÖPNV: bei der Bahn muss ein echter 20-Minuten Takt her, bei den Bussen die bessere Anbindung der kleinen Orte. Wir wollen einen Ortstarif für das Gemeindegebiet. Wir wollen den Rad- und Fußverkehr fördern – Mängel an Rad- und Fußwegen müssen beseitigt werden, der Radweg nach Saarmund muss endlich kommen, überdachte Radabstellmöglichkeiten an Bahnhöfen und Haltestellen müssen ausgebaut werden. Innerörtlicher LKW-Verkehr muss in zulässiger Geschwindigkeit und Gesamtgewicht beschränkt werden.	<b>GRÜNE</b>
<b>FDP</b>	Notwendig ist es, Parkplätze an den Bahnhöfen und an den Knotenpunkten außerhalb der Raststätten weiter auszubauen (P+R). Es bedarf eines entsprechenden Konzeptes zur Entwicklung von Reit-, Wander- und Radwegen sowie eines generellen Verkehrswegeplans. Eine Tarifeinigung im ÖPNV mit Stücken wird angestrebt. Die durchgängige Barrierefreiheit innerhalb der Gemeinde muss gegeben sein. Wir setzen uns für die Sicherung einer schnellen Bahnverbindung zum Flughafen Berlin-Schönefeld und später dem BER ein.	Unsere Gemeinde sollte aktiver die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs begleiten. Die Streckenänderung der RB 33 von Beelitz über Caputh nach Potsdam verschlechtert unsere Verkehrsanbindung. Ziel sollte auch die Verlängerung der RB 22 von Potsdam über Michendorf nach Schönefeld sein. Beim Ausbau unserer Ortszentren sollte neben der Verschönerung des Ortsbildes die Schaffung verkehrsberuhigter Zonen stets im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Straßenausbaubeiträge sollten abgeschafft, kostengünstiger Ausbau Ziel sein.	<b>LINKE</b>
<b>BfM</b>	Hier wurde in der Vergangenheit zu wenig getan. Verkehrskonzepte wurden beauftragt, die bis heute keine Ergebnisse haben. Für Rad- und Wanderwege sind einfache wirksame Lösungen zu entwickeln. Sämtliche Ortsteile müssen gute und attraktive Radverbindungen erhalten. Mit Bahn und Regiobus muss kontinuierlich und mit Nachdruck gesprochen und verhandelt werden, mit dem Ziel, die Taktung im Berufsverkehr und am Wochenende (z.B. mit Rufbus/-taxi) zu verbessern, längere Züge einzusetzen und weitere Ziele an Michendorf anzubinden.	Durchfahrtsverbote für Schwerlastverkehr in Ortschaften, Verhinderung der Maut-Umgehung durch Schleichwege. Mehr Querverbindungen zwischen den Orten, ggf. durch Kleinbusse / Bedarfsfahrten. Ausbau bestehender Radwege und Neubau, z.B. zwischen Saarmund und Langerwisch. Regionalbahnanschluss nach Berlin erhalten und ausbauen, sowie direkte Bahnverbindung an den Flughafen BER herstellen.	<b>AfD</b>